

Fraktion DIE LINKE.
Am Sportplatz 19
41844 Wegberg



Fraktion DIE LINKE.

Wegberg, 05.06.2018

Pressemitteilung: Elternbefragung zum Gesamtschulbedarf

Ob 2007 infolge eines Antrags der SPD-Fraktion, 2010, 2013 oder 2015 auf Antrag der Fraktion der Freien Wähler: In den vergangenen Jahren wurde immer wieder über eine Elternbefragung zum Gesamtschulbedarf in unserer Heimatstadt heftig diskutiert. Seit jeher fordere ich vehement, dass die Wünsche und das Mitspracherecht der Eltern in Fragen der Schulpolitik endlich in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden.

Umso schwerer fiel es mir zuletzt (2015) als Mitglied der SPD-Fraktion, auf Wunsch der SPD-Fraktionsspitze, die darum bat, die Gesamtschuldebatte zu Beginn der Amtszeit des Bürgermeisters zurückzustellen, um sich zunächst anderen Sachthemen widmen zu können, gegen eine solche Befragung zu stimmen. Innerhalb des SPD-Ortsvereins habe ich mich allerdings gemeinsam mit weiteren Mitgliedern, die ihre politische Heimat inzwischen auch in der Linkspartei gefunden haben, stets dafür stark gemacht, die Gesamtschulthematik nicht von der tagespolitischen Agenda zu streichen.

Dass ich eines, unserer wichtigsten Anliegen jetzt als Mandatsträgerin der Linkspartei wieder in den Rat einbringen kann, stimmt mich jedoch umso fröhlicher.

Welche Vorteile die Etablierung einer „Schule für alle“ bietet, liegt auf der Hand.

Als Schulform bietet die Gesamtschule einen institutionellen Rahmen, der - bei ordentlicher Umsetzung - garantiert,

- dass Bildungschancen eben nicht vom Geldbeutel und vom sozialen Status der Eltern abhängig sind,
- dass eine frühe Selektion, die die Entwicklung Heranwachsender hemmt, verhindert wird,
- dass soziale Disparitäten abgebaut werden und soziale Mobilität ermöglicht wird.

Sie bietet im Kern also einen Ansatz, der - und das ist nun wirklich ein ursozialistischer Gedanke - alle Schülerinnen und Schüler vom gemeinsamen Lernen profitieren lässt.

In Berlin hat die rot-rot-grüne Landesregierung das Gemeinschaftsschulkonzept umgesetzt. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zeigen: in allen Gemeinschaftsschulen hat sich der Anteil der leistungsstarken Schüler/-innen deutlich erhöht.

Daraus können wir Schlüsse ziehen.

All diese Argumente dürfen wir in der Debatte zweifelsohne nicht aus den Augen verlieren, wenngleich bei diesem Antrag zunächst die Ermittlung des Bürgerwillens im Vordergrund steht. Selbst wenn sich über verschiedene Formen der politischen Umsetzung streiten ließe, so muss es doch für alle Fraktionen von Interesse sein, zu erfahren, ob der Bürger sich grundsätzlich für oder gegen ein integratives Gesamtschulkonzept ausspricht.

Dabei halte ich es für absolut befremdlich, wenn mit Halbwahrheiten gespielt wird.

Ich muss in diesem Zusammenhang kritisieren, dass die Argumentation, mit der die Verwaltung ihren Beschlussvorschlag begründet, mich angesichts ihrer Einseitigkeit mehr als irritiert.

Sie beschreibt richtigerweise, dass die demographische Entwicklung keinen Einfluss auf die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs am Gymnasium habe, vergessen im zweiten Schritt jedoch zu erwähnen, dass gerade die anderen beiden Schulformen massiv unter den sinkenden Schülerzahlen zu leiden haben - auch weil sich eine Zwei-Klassengesellschaft manifestiert, wenn fast 50% der Kinder mittlerweile am Gymnasium angemeldet werden. Die Hauptschule etwa ist im Sommer erstmals nur noch einzügig ins neue Schuljahr gestartet. Dort bekommt man die fatalen Auswirkungen jener von uns skizzierten gesellschaftlichen Entwicklung bereits faustdick zu spüren.

Außerdem frage wir uns, woran man festmacht, dass Schüler die auf das Gymnasium wechseln nicht auch die Gesamtschule besuchen würden, wenn man ihnen die Möglichkeit geben würde. Dies kann nur eine Elternbefragung widerspiegeln.

Hinzuzufügen ist, dass die Tabelle, welche uns zu Beginn der Sitzung vom Bürgermeister vorgestellt wurde, zwar den Ist-Zustand repräsentiert, jedoch keine Auskunft über die etwaige Wunschschele der Eltern und Schüler beinhaltet. Wer anhand bloßer Zahlen behauptet, in Wegberg bestände kein Interesse an der Etablierung einer Gesamtschule, da man verhältnismäßig wenige Abgänge nach Wassenberg zu verzeichnen habe, der geht der Realität gekonnt aus dem Weg.

De facto sind die Aufnahmekapazitäten vieler Gesamtschulen im Kreis nämlich begrenzt, eben weil die Nachfrage dort derart gewaltig ist. Erst im April berichtete die Rheinische Post davon, dass die erst kürzlich gegründete Gesamtschule in Hückelhoven-Ratheim aus allen Nähten platze, sodass viele Eltern ihr Kind stattdessen an anderen Schulen im Stadtgebiet anmelden mussten.

In Wassenberg wurden, wie uns von Ratsmitgliedern unserer Nachbarstadt übermittelt, auch in diesem Jahr, wie bereits in den vorhergehenden Jahren etwa soviel Schüler abgelehnt wie angenommen. Die überwiegende Zahl der Abgelehnten kam aus den umliegenden Nachbargemeinden.

Fünf Wegberger Schüler nehmen gar eine Reise bis nach Heinsberg, Aldenhoven oder Waldfeucht auf sich, um an der Schule lernen zu können, die ihren Bedürfnissen gerecht wird.

Entgegen ihrer Behauptungen sehen wir hier, am Schulstandort Wegberg, ein hohes Potenzial für eine Gesamtschule, zumal auch in unserer Nachbarstadt Erkelenz über kein solches Angebot verfügt.

Nichtsdestoweniger möchte ich abschließend noch einmal betonen, dass es in diesem Antrag ausschließlich darum geht, dem Wunsch der Bevölkerung Gehör zu verleihen. Wir gewinnen allmählich den Eindruck, dass einige Parteien eine Elternbefragung deswegen zu verhindern versuchen, weil sie Angst davor haben, dass das Ergebnis ihrem persönlichen Interesse widerspricht. Das kann nicht der Maßstab unserer politischen Arbeit sein. Ergo: **Lassen wir die Bürger dieser Stadt sprechen!**

gez.

Annette Dahmen-Langela
DIE LINKE. Wegberg